

Beitrag zum Kampf mit den Nazis, Geschäftsblätter „Die Welt“ und der Arbeiterblätter „Frohmut“, sowie den Zeitungen „Die Welt“, „Die Arbeiter“, „Die Arbeiterzeitung“, „Die Arbeiterstimme“, „Die Arbeitertribüne“, „Die Arbeiterwacht“, „Die Arbeiterzeitung“, „Die Arbeitertribüne“, „Die Arbeiterstimme“, „Die Arbeitertribüne“, „Die Arbeiterstimme“

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, I. Kollaterale 17, A. 11012. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Die Einzelhefte 30 Pf. Abonnementspreis: 1.00 M. pro Quartal. Die Einzelhefte 30 Pf. Abonnementspreis: 1.00 M. pro Quartal. Die Einzelhefte 30 Pf. Abonnementspreis: 1.00 M. pro Quartal.

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, I. Kollaterale 17, A. 11012. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Die Einzelhefte 30 Pf. Abonnementspreis: 1.00 M. pro Quartal. Die Einzelhefte 30 Pf. Abonnementspreis: 1.00 M. pro Quartal.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden, I. Kollaterale 17, A. 11012. Preis: 1.00 M. pro Quartal. Die Einzelhefte 30 Pf. Abonnementspreis: 1.00 M. pro Quartal. Die Einzelhefte 30 Pf. Abonnementspreis: 1.00 M. pro Quartal.

Die neue Flotten-Konferenz

Frankreich, Italien und Japan sollen in das englisch-amerikanische Einvernehmen einbezogen werden

Englands Einladung

London, 8. Oktober.

Die englische Regierung hat am Montag die Einladungen für die Einberufung der Fünf-Mächte-Konferenz nach London ausgegeben. Die Vereinigten Staaten, Frankreich, Japan und Italien werden darin ersucht, für eine Flottenkonferenz Vertreter nach London zu entsenden. Als wahrscheinlicher Zeitpunkt des Konferenzbeginnes wird die dritte Woche des Januar angesetzt. Die Einladungen sind den Botschaftern in London übergeben worden.

„Times“ weiß über die Einladung folgende Einzelheiten zu berichten: Das Dokument enthält ungefähr tausend Worte. Zu Beginn werden die Punkte aufgezählt, in denen die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Laufe der Besprechungen zwischen Macdonald und General Danes zu einer vorläufigen Verständigung gelangt sind. Danach besteht Einigkeit darüber: 1. Daß die gegenwärtigen Verhandlungen das Ergebnis sind die direkte Fortsetzung des Kriegsverzichtsvertrages (Kellogg-Pakt) sind; 2. Daß der Grundsatz der Parität der Flottenstärke für alle Kriegsschiffklassen akzeptiert wird, die nicht durch den Washingtoner Vertrag erfasst werden und daß diese Parität am 1. Dezember 1936 erreicht sein soll. Die britische Regierung hat über diese Punkte mit den Regierungen der Dominionen beraten und es verläutert der „Times“ zufolge über die Definition der Parität, daß sämtliche Marinestreitkräfte des britischen Reiches in Rechnung gestellt werden sollen; 3. Daß es wünschenswert ist, auch die Frage einer Revision der Dienstzeit von Schlachtschiffen aufzuwerfen, um die Durchführung des vollen Erfrischungsprogramms zu vermeiden, das im Washingtoner Vertrag von 1922 vorgesehen ist; 4. Daß beide Regierungen der Ansicht sind, daß U-Boote völlig abgeschafft werden sollten, daß aber diese Maßnahme nicht ohne die Zustimmung aller beteiligten Mächte durchgeführt werden kann.

Die Timesmeldung besagt weiter: Im allgemeinen wird anerkannt, daß eine endgültige Vereinbarung nur durch eine Konferenz mit den anderen Seemächten erreicht werden kann. Insbesondere läßt die britische Regierung die vier anderen Regierungen zu einer Konferenz ein. Man hofft, daß die eingeladenen Regierungen sofort zu einem Meinungsaustausch über die aufgeworfenen Fragen schreiten werden. In der Note wird ausdrücklich erklärt, es sei nicht geplant, einen neuen Mechanismus zur Behandlung der Seeabrüstung zu schaffen, im Gegensatz zu dem, was bei der Konferenz von 1922 geschehen ist.

Gegenüber man, die Arbeit der Konferenz bezagt zu gestalten, daß dadurch die Aufgabe des Völkerbundes, der das gesamte Abrüstungsproblem zu behandeln hat, erleichtert wird.

Die Aussprache Macdonald-Hoover

Neugorh, 8. Oktober.

Macdonald und Hoover trafen Montag um 10.30 Uhr wieder in Washington ein. Nach ihrer Ankunft wurde folgende gemeinsame Erklärung veröffentlicht: „Wir haben alle Fragen, die zu Beziehungen zwischen unseren Ländern Anlaß geben könnten, im Geiste der Aufrichtigkeit geprüft. Es wurden zufriedenstellende Fortschritte erzielt. Die Besprechungen werden fortgesetzt.“ — Am Montagabend hielt Macdonald vor dem Kongreß eine kurze Ansprache, in der er auch ehrenhaft Gustav Stresemanns Gedächtnis gedenkte. Morgen wird Macdonald eine Unterredung mit Senator Borah haben, der, wie erinnerlich, daran festhält, daß das Prinzip der Freiheit der Meere zunächst festgelegt werden müsse, ehe man einem Abkommen über die Abrüstung zur See zustimmen könne. Hoover und Macdonald stehen demgegenüber beide auf dem Standpunkt, daß durch das Inkrafttreten des Kellogg-Paktes die alle Auffassung über die Rechte der Neutralen auf hoher See hinsichtlich geworden sei. Die ganze Frage gilt jedenfalls als nicht mehr so wichtig, daß das Zustandekommen einer Einigung über die Stärke der Kriegsschiffe der fünf Seemächte dadurch verzögert werden sollte.

Die Wochenendunterhaltungen zwischen den Staatsoberhäuptern der beiden größten Mächte der Welt werden vielleicht einmal von der Geschichtsschreibung als epochemachendes Ereignis in den englisch-amerikanischen Beziehungen gekennzeichnet werden. Es ist das erste Mal seit Versailles, daß der Präsident der Vereinigten Staaten und der Ministerpräsident Englands sich von Angesicht sehen und über die ihre Länder betreffenden Probleme sprechen, eine Verhandlungsmethode, in welcher Europa den angelsächsischen Mächten führend vorangegangen ist. Das Gespräch dürfte sich nicht allein um die Abrüstung gedreht haben, sondern der ganze Komplex amerikanisch-englischer Differenzen vom Seerichtsrecht bis zum weltwirtschaftlichen Gegensatz hat wahrscheinlich zur Debatte geübt. Die Einladung zur Fünf-Mächte-Konferenz im Januar ist der erste greifbare Erfolg der Unterredung, und weiterreichende Auswirkungen dürften nicht ausbleiben. Vielleicht wird Kapitan River einmal als das „Locarno der Angelsachsen“ bezeichnet werden.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Dr. Brühl, hat nach der Teilnahme an der Besichtigung Dr. Stresemanns am Montag einen kurzen Urlaub angetreten.

Zeppelin-Start erneut verschoben

Friedrichshafen, 8. Oktober.

Kapitan Lehmann erklärte am 24. Uhr nach Eintreffen des Wetterberichtes, daß der Start des Luftschiffes wegen der überaus schlechten Wetterlage über ganz Europa um etwa 24 Stunden verschoben werden müsse. Unter diesen Umständen wolle er die Verantwortung für Schiff und Fahrgäste nicht übernehmen. Er wolle zunächst weitere Wettermeldungen abwarten und dann einen neuen Zeitpunkt für den Abflug bestimmen.

Neuer Vorschlag an Polen

Die Meldung aus Warschau, die von einem neuen deutschen Vorschlag in den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen spricht, wird von polnischer Seite bestätigt. Wie weiter mitgeteilt wird, ist der Vorschlag auf dem Prinzip der gegenseitigen Meistbegünstigung aufgebaut. Auch die Kohlenfrage spielt in diesem neuen Vorschlag eine große Rolle. Die Ziffern, die über die Einräumung eines Kohleneinfuhrkontingents genannt werden, treffen nicht zu; so wird weiter gesagt, daß die beiderseitigen Einfuhrverbote zu bestimmten Zahlen sind überhaupt noch nicht genannt worden. Es sei selbstverständlich, so wird weiter gesagt, daß die beiderseitigen Einfuhrverbote und Kampfschiffe abgebaut werden müßten.

Um das Schicksal der deutschen Landwirtschaft

Zur Herbsttagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Dresden.

Von Diplomvolkswirt Hermann Haagen, Karlsruhe

Es liegt eine tiefe Tragik darin, daß der deutsche Landbau einen verzweifelten Kampf um seine Existenz führen muß, während gleichzeitig Jahr für Jahr Milliardenbeträge ins Ausland fließen für Lebensmittel, die von der heimischen Wirtschaft ebenso gut hergestellt und von hier aus dem Volke zugeführt werden könnten. Das Schicksal der Landwirtschaft ist gekennzeichnet durch eine fortlaufende Unrentabilität, die zuletzt in der Abjahrskrise, beziehungsweise in einer ungeheuren Betriebsmittelverknappung ihre Ursache hat. Diese Betriebsmittelverknappung wirkt sich am stärksten in einer steigenden Verschuldungssiffer aus. Die immer mehr wachsende Auslandskonkurrenz in Lebens- und Genussmitteln tut nach ein überiges, um ein Wiederingangbringen der agrarischen Wirtschaft, die Erreichung normaler Zustände möglichst zu erschweren.

Gewiß wird ein auf einem verhältnismäßig zu kleinen Rohmaterialraum zusammengesetztes 60-Millionen-Volk immer Nahrungsmittel aus dem Ausland einführen müssen, ganz abgesehen davon, daß vielfach auch Zoll- und insbesondere handelspolitische Erwägungen bei der Gestaltung der Einfuhr von Lebensmitteln eine wichtige Rolle spielen (es sei nur an die Handelsverträge erinnert, die für die deutsche Industrie Veranlassungen bringen, wogegen die Vertragspartner verlangen, daß Deutschland dafür die in diesem Lande produzierten Lebensmittel entsprechend günstiger einführen kann usw.), die vollkommene „Nahrungsfreiheit“ wird so wie die Dinge liegen — für Deutschland immer ein Ideal bleiben. Allein die Einfuhrziffern für einzelne Lebensmittel erreichen eine Höhe, die nicht nur für die Landwirtschaft als solche, sondern für die gesamte deutsche Wirtschaft auf die Dauer einfach untragbar sind. So ist beispielsweise der Darstellung im 1. Februarheft der vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen Halbmonatsschrift „Wirtschaft und Statistik“, Seite 11) die Einfuhr von Butter im Jahre 1928 auf 435,5 Millionen Reichsmark gestiegen, während sie noch im Jahre 1927 365,7 Millionen und im Jahre 1926 329,9 Millionen Reichsmark betrug. Obst und Süßfrüchte wurden im Jahre 1928 im Werte von 477,7 Millionen (1927: 382,4 Millionen, 1926: 319,7 Millionen Reichsmark) eingeführt. Der Einfuhrwert von Eiern betrug im abgelaufenen Jahre 294,3 Millionen (1927: 275,8 Millionen, 1926: 243,3 Millionen) Reichsmark. Selbst für Milchgewinnmäße — vornehmlich also für Gemüse — wurden in dem einen Jahre 1928 138,9 Millionen Reichsmark ins Ausland abgeführt. Daß trotz der anerkannt guten Ernte des Jahres 1928 immer noch für 661,4 Millionen Reichsmark Auslandsgetreide und Mäckerzeugnisse eingeführt werden mußten, kommt bedenklich, obwohl diese Einfuhrziffer gegenüber denjenigen für 1927 ganz wesentlich zurückgegangen ist, was übrigens auch von der Futtermittelfuhr gilt (Wert 1928: 861,7 Millionen Reichsmark). Erreulich, wenn auch nicht allzustark ins Gewicht fallend, ist das Ansteigen einiger Lebensmittel aus Lieferländern, dadurch wird wenigstens in etwa ein Äquivalent für die Einfuhrziffern geschaffen; allein dies ändert nichts an der Tatsache, daß das deutsche Volk in dem einen Jahre 1928 für die Warengruppen Milch, Butter, Käse, Obst, Süßfrüchte, Eier und Gemüse rund eineinhalb Milliarden an das Ausland abgeführt hat, beziehungsweise noch abzuführen hat. Bei Obst und Gemüse z. B. mag der verhältnismäßig ungünstige Ausfall der letztjährigen Ernte eine Rolle spielen, da und dort mögen auch andere Gründe angegeben werden, die eine (erhöhte) Einfuhr rechtfertigen, allein die Frage ganz allgemein ist, wie gesagt, nicht nur für die deutsche Landwirtschaft brennend, sondern für die deutsche Volkswirtschaft. Wird das deutsche Volk bei seiner Armut und Kapitalentdrückung auf die Dauer in der Lage sein, solche Beträge für Lebensmittel ins Ausland fließen zu lassen?

Neben der Auslandskonkurrenz ist es die Verschuldung, welche die Lage des deutschen Landbaues charakterisiert. Diese Verschuldung betrug — soweit sie überhaupt statistisch erfassbar ist — am 30. September 1928 bereits 5,89 Milliarden Reichsmark, wobei Realkredite, Kredite von mittlerer Laufzeit und kurzfristige Kredite zusammengekommen sind. Dazu kommen die Aufwertungsschulden, die etwa auf 3 Milliarden Reichsmark zu veranschlagen sind, ferner von privater Seite gegebene Hypotheken, die auf etwa 1 Milliarde geschätzt werden und

Prälat Kaas über Stresemanns Nachfolge

Bln a. Rh., 8. Oktober.

Am Montag fand im Weißen Saale der Bürgergesellschaft die Herbsttagung des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei statt. Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei Prälat Kaas streifte dabei die Frage der Nachfolgerefolge Stresemanns nach der grundsätzlichen Seite hin. Da in der Öffentlichkeit auch sein Name genannt worden war, ging er mit einigen Wendungen darauf ein und erinnerte an seine Worte auf der Essener Zentrumsumgebung vom Frühjahr dieses Jahres, daß er es sich zur Aufgabe gesetzt habe, den Tap des an Ministerposten völlig uninteressierten Parteiführers wieder herauszubilden. Er habe damals schon mit aller Klarheit herausgestellt, daß für ihn als Parteiführer die Übernahme eines Ministeriums nicht in Frage komme. Trotzdem könne es aber dem Zentrum nach der sachlichen Seite hin nicht gleichgültig sein, wie dieses Ministerium besetzt werde. Die Wäde, die Stresemanns Tod geschaffen habe, sei groß und vielleicht sei sie innerpolitisch größer als außenpolitisch. Deshalb müsse das Zentrum bei der endgültigen Befragung des vertriebenen Außenministeriums — mit welcher Person, lasse er ebenso ganz dahingestellt wie die Frage, ob Parlamentarier oder Beamter — verlangen, daß alle Mitglieder des Kabinetts die Gewähr für den inneren Bestand des Kabinetts in seinen innen- und außenpolitischen Aufgaben böten. Diese rein sachlichen Fragen seien für das Zentrum allein ausschlaggebend.

